Rechter Terror in Berlin! Untersuchungsausschuss jetzt!

25.679

Unterschriften am 03.11.2019 um 18 Uhr

https://www.openpetition.de/petition/online/rechter-terror-in-berlin-untersuchungsausschuss-jetzt - 3.441
https://weact.campact.de/petitions/rechter-terror-in-berlin-untersuchungsausschuss-jetzt-1 - 22.238

Absender:
Stellvertretend für 10 Betroffene der rechten Anschlagsserie in Neukölln
Lasse Jahn, Gutschmidtstr. 37, 12359 Berlin

An die
Vorsitzenden der Fraktionen von
Bündnis 90/die Grünen, CDU, Die Linke, FDP und SPD
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Niederkirchnerstr. 5
10117 Berlin

Petition an das Abgeordnetenhaus von Berlin

Rechter Terror in Berlin - Untersuchungsausschuss jetzt!

Seit Jahren überzieht eine Welle rechten Terrors den Berliner Bezirk Neukölln. Obwohl der potenzielle Täterkreis bekannt ist, werden Ermittlungen regelmäßig eingestellt. Betroffene werden trotz entsprechender Kenntnisse der Sicherheitsbehörden nicht über ihre Gefährdung informiert. Den nach Berlin weisenden Spuren des NSU-Komplexes sowie der Verwicklung Berliner Beamter darin wurde nicht nachgegangen. Der Mord an Burak Bektaş im April 2012 wurde bis heute nicht aufgeklärt.

Wir fordern deshalb mit den Betroffenen der rechten Anschläge in Neukölln die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Umgang der Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden mit dem rechten Terror durch das Abgeordnetenhaus von Berlin.

Begründung

In **Berlin-Neukölln** erfolgen seit Jahren **rechte Terrorangriffe** vor allem gegen politisch, gewerkschaftlich und zivilgesellschaftlich Engagierte. Die Angriffe reichen über Morddrohungen per Telefon und an privaten Wohnadressen bis hin zu Anschlägen auf Projekte, private PKWs und Mord.

Bei zwei Brandanschlägen im Jahr 2011 auf das **Anton-Schmaus-Haus** der *Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken Neukölln* waren nur durch glückliche Umstände keine Todesopfer zu beklagen. Hinweisen auf das Umfeld des NSU sind die Ermittler bis heute nicht nachgegangen.

Im April 2012 wurde der 22-jährige **Burak Bektaş** im Ortsteil Britz ermordet. Obwohl es klare Hinweise auf einen rechten Tathintergrund gab, ging die Polizei lange von einem „milieubedingten“ Mord aus und vernachlässigte andere Spuren. Einen Zusammenhang mit dem 2015 von einem Rechtsextremisten be-

gangenen Mord an dem britischen Staatbürger **Luke Holland** will die Polizei trotz deutlicher Indizien nicht feststellen.

Im Juni 2016 begann eine neue Terrorserie. Betroffen sind jetzt vor allem Privatpersonen aus dem zivilgesellschaftlichen Spektrum, die sich gegen Nazis engagieren. Insgesamt gab es seitdem **14 Brandanschläge auf Privat-PKWs** direkt vor oder in unmittelbarer Nähe der Wohnungen von Betroffenen sowie einen Brandanschlag auf eine alternative **Neuköllner Kiezkneipe** und einen Wagenplatz. Auch hier war es in einigen Fällen nur dem Zufall zu verdanken, dass das Feuer nicht auf Gebäude übergriff und Menschen geschädigt wurden. Im März 2019 fanden vier Engagierte an ihren Wohnhäusern und in ihren Hausfluren gegen sie gerichtete **Morddrohungen**. Woher kennen die Täter die Privatadressen - selbst nach Umzug und Sperre im Melderegister?

Gegen die Berliner Sicherheitsbehörden richten sich im Zusammenhang mit den Verbrechen des **NSU**, dessen Spuren auch in die als besonderes gewaltbereite Neuköllner Neonazi-Szene führen, erhebliche Vorwürfe, denen in Berlin nicht nachgegangen wurde.

Auch bei der neuen, seit 2016 laufenden Angriffswelle gibt es erhebliche **Versäumnisse der Behörden**. Personen, die nach Kenntnis des Verfassungsschutzes von Nazis beschattet werden, werden über die ihnen drohende Gefahr nicht informiert. Hinweisen wird nicht nachgegangen, Spuren werden nicht gesichert. In Absprache mit Betroffenen eingeführte Polizeistreifen wurden ohne Ankündigung reduziert und erst nach Protest wieder aufgenommen.

Die Berliner Staatsanwaltschaft stellt die Ermittlungsverfahren wegen der Anschläge entgegen anderer Zusagen nach wie vor ein.

Wie die Betroffenen der Anschläge haben wir den Eindruck, dass es sich hier ***nicht nur um bloße Pannen oder Unvermögen handelt***, sondern dass möglicherweise Personen in den Sicherheitsbehörden die Ermittlungen hintertreiben. Angesichts einer Gruppe „NSU 2.0“ in der hessischen Polizei und eines Berliner Staatsschutzbeamten, der seine Korrespondenz mit einem abgekürzten Hitlergruß unterschrieben hatte, kann nicht ausgeschlossen werden, dass es entsprechende rechte Netzwerke auch in den Berliner Sicherheitsbehörden gab oder gibt.

Wir sind deshalb der Meinung, dass nur ein **parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses** mit seinen besonderen Rechten zur Akteneinsicht und zur Zeugenvernehmung hier vollständige Aufklärung schaffen kann, damit der rechte Terror in Berlin-Neukölln und in den übrigen Berliner Bezirken ein Ende findet!

Im Namen der von rechten Anschlägen betroffenen Neuköllner*innen Jürgen Schulte, Mirjam Blumenthal, Gabriele Gebhardt, Claudia von Gélieu, Annick Hartmann, Detlef Fendt, Christian von Gélieu, Lasse Jahn, Ferat Kocak, Heinz Ostermann

Pressemitteilung vom 28.10. 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
die o. g. von rechten Anschlägen in Berlin-Neukölln Betroffenen laden Sie ein zur

Pressekonferenz
Übergabe der Petition „Rechter Terror in Berlin – Untersuchungsausschuss jetzt!“
am 4. November
um 9.30 Uhr
im HAU – Hebbel am Ufer –
Stresemannstr. 29
10963 Berlin

Im Anschluss an die Pressekonferenz soll die derzeit von mehr als 15 000 Unterzeichner*innen unterstützte Petition mit der Forderung nach Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Umgang der Ermittlungsbehörden mit dem rechten Terror in Berlin durch das Abgeordnetenhaus von Berlin um 11 Uhr öffentlich vor dem Berliner Abgeordnetenhaus an die Vorsitzenden der Abgeordnetenhausfraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und FDP übergeben werden. Es wird die Gelegenheit für Film-und Fotoaufnahmen geben.

Der Tag ist bewusst gewählt, handelt es sich doch um den Jahrestag der „Selbstenttarnung des NSU“ am 4.11.2011. Die in der Folge eingerichteten Untersuchungsausschüsse haben gezeigt, dass die Arbeit sowohl der Sicherheits- als auch der Strafverfolgungsbehörden z. T. mit großen Mängeln behaftet ist. In Berlin wurde der NSU-Komplex nur halbherzig durch einen behördeninternen(!) Sonderermittler „aufgearbeitet“. Beleuchtet wurde nur bereits Bekanntes, doch immer noch gibt es V-Leute aus dieser Zeit, über die der Mantel des Schweigens gehüllt wird.
Mängel in der Arbeit der Sicherheits- als auch der Strafverfolgungsbehörden vermuten wir auch in Berlin im Umgang mit den rechten Gewalttätern in Neukölln. Die Vorgänge um den Anschlag auf den LINKEN-Politiker Ferat Kocak legen den Verdacht nahe, dass auch in Berlin nach dem Motto „Quellenschutz hat Vorrang vor Opferschutz“ verfahren wird. Hinzu kommen die für die Betroffenen willkürlich erscheinenden Entscheidungen, ob Ermittlungsverfahren eingestellt oder fortgeführt werden, die wenig vertrauensbildend hinsichtlich einer notwendigen systematischen Gesamtbetrachtung der Anschläge als Tatkomplex wirken. Schließlich weist auch die bei der Sicherung von Beweismitteln an den Tatorten an den Tag gelegte Oberflächlichkeit darauf hin, dass die Ermittlungen nicht mit der gebotenen Sorgfalt geführt werden. Das gilt auch für den Mord an Burak Bektaş aus dem Jahr 2012. Die Ermittlungen wurden fragwürdig geführt. Hinweisen auf den möglichen Täter Rolf Z. aus dem Jahr 2013 wurde nicht adäquat nachgegangen. Erst in diesem Jahr musste entgegen anderslautenden früheren Verlautbarungen offiziell eingestanden werden, dass ein richtungsweisender polizeilicher Auswertungsbericht aus dem Jahr 2012 erst 2015 der Akte beigefügt wurde.
Bisherige Hinweise auf diese Mängel haben zu keiner erkennbaren Korrektur geführt, so dass die Wirksamkeit einer behördeninternen Evaluation infrage gestellt werden muss. Die weiter-

hin bestehende Erfolglosigkeit bei der Aufdeckung der Anschläge und der Täter erfordert allerdings Konsequenzen. Ein „weiter so“ darf es nicht geben.
Vielmehr muss eine Überprüfung der bisherigen Ermittlungsarbeit von außen erfolgen. Wir sehen in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein entsprechendes Instrument.
Diesen Untersuchungsausschuss betrachten wir nicht als ein Instrument der Opposition zur Kontrolle der Regierung, schon deshalb nicht, weil der zu betrachtende Zeitraum bis in die zweite Hälfte der 80iger Jahre zurückreicht und damit über die Legislaturperiode der jetzigen Regierung hinausgeht.
Vielmehr stellt er ein parteiübergreifendes Organ des Parlaments dar, das dem Eigenleben der Ermittlungsbehörden Schranken setzt.
Sowohl der Ermittlungsausschuss im Falle Amri als auch die verschiedenen Ermittlungsausschüsse zum NSU-Komplex haben deutlich gemacht, wie weit dieses Eigenleben gediehen ist und dass es in mehreren Fällen dazu geführt hat, nicht nur Anschläge nicht zu verhindern, sondern auch ihre Aufklärung zu blockieren.
Die mangelhafte Aufklärungsarbeit im Falle des rechten Terrors in Berlin hat bei vielen Bürger*innen das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden erschüttert. Ein weitergehender Schaden für den Rechtsstaat sollte in unser aller Interesse verhindert werden. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss wäre ein geeignetes Mittel.

Für weitere Informationen stehen Ihnen im Vorfeld zur Verfügung:
Claudia von Gelièu, Telefonnr. 01601194782,
Jürgen Schulte, Telefonnr. 017634987888.

Vor Ort stehen Ansprechpartner*innen aus Kreis der Initiator*innen für O-Töne bereit.

Anlage: Petition an das Abgeordnetenhaus von Berlin „Rechter Terror in Berlin - Untersuchungsausschuss jetzt“ und Begründung

Anschreiben an die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und FDP (hier das Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden der SPD)

Jürgen Schulte
Rambowstr. 30
12359 Berlin

schulte107@web.de

An
Herrn Raed Saleh,
Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus
Abgeordnetenhaus von Berlin
SPD-Fraktion
Niederkirchner Str. 5

10111 Berlin

gleichlautend an die Fraktionsvorsitzenden von
CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP

Berlin, den 08.10.2019

Übergabe der Petition „Rechter Terror in Berlin – Untersuchungsausschuss jetzt!“ am 4. November um 11 Uhr vor dem Abgeordnetenhaus

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen von derzeit mehr als 13500 Unterzeichner*innen möchten wir Ihnen die o. g. Petition mit der Forderung nach Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Umgang der Ermittlungsbehörden mit dem rechten Terror in Berlin durch das Abgeordnetenhaus von Berlin öffentlich überreichen. Bitte teilen Sie uns bis zum 22.10.2019 mit, ob Sie oder eine Vertretung die Petition zu dem genannten Termin entgegennehmen können.

Der Tag ist bewusst gewählt, handelt es sich doch um den Jahrestag der „Selbstenttarnung des NSU“ am 4.11.2011. Die in der Folge eingerichteten Untersuchungsausschüsse haben gezeigt, dass die Arbeit sowohl der Sicherheits- als auch der Strafverfolgungsbehörden z. T. mit großen Mängeln behaftet ist. In Berlin wurde der NSU-Komplex nur halbherzig durch einen behördeninternen(!) Sonderermittler „aufgearbeitet“. Beleuchtet wurde nur bereits Bekanntes, doch immer noch gibt es V-Leute aus dieser Zeit, über die der Mantel des Schweigens gehüllt wird.
Mängel in der Arbeit der Sicherheits- als auch der Strafverfolgungsbehörden vermuten wir auch in Berlin im Umgang mit den rechten Gewalttätern in Neukölln. Die Vorgänge um den Anschlag auf den LINKEN-Politiker Ferat Kocak legen den Verdacht nahe, dass auch in Berlin nach dem Motto „Quellenschutz hat Vorrang vor Opferschutz“ verfahren wird. Hinzu kommen die für die Betroffenen willkürlich erscheinenden Entscheidungen, ob Ermittlungsverfahren eingestellt oder fortgeführt werden, die wenig vertrauensbildend hinsichtlich einer

notwendigen systematischen Gesamtbetrachtung der Anschläge als Tatkomplex wirken. Schließlich weist auch die bei der Sicherung von Beweismitteln an den Tatorten an den Tag gelegte Oberflächlichkeit darauf hin, dass die Ermittlungen nicht mit der gebotenen Sorgfalt geführt werden. Das gilt auch für den Mord an Burak Bektaş aus dem Jahr 2012. Die Ermittlungen wurden fragwürdig geführt. Hinweisen auf den möglichen Täter Rolf Z. aus dem Jahr 2013 wurde nicht adäquat nachgegangen. Erst in diesem Jahr musste entgegen anderslautenden früheren Verlautbarungen offiziell eingestanden werden, dass ein richtungsweisender polizeilicher Auswertungsbericht aus dem Jahr 2012 erst 2015 der Akte beigefügt wurde.
Bisherige Hinweise auf diese Mängel haben zu keiner erkennbaren Korrektur geführt, so dass die Wirksamkeit einer behördeninternen Evaluation infrage gestellt werden muss. Die weiterhin bestehende Erfolglosigkeit bei der Aufdeckung der Anschläge und der Täter erfordert allerdings Konsequenzen. Ein „weiter so“ darf es nicht geben.
Vielmehr muss eine Überprüfung der bisherigen Ermittlungsarbeit von außen erfolgen. Wir sehen in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein entsprechendes Instrument.
Diesen Untersuchungsausschuss betrachten wir nicht als ein Instrument der Opposition zur Kontrolle der Regierung, schon deshalb nicht, weil der zu betrachtende Zeitraum bis in die zweite Hälfte der 80iger Jahre zurückreicht und damit über die Legislaturperiode der jetzigen Regierung hinausgeht.
Vielmehr stellt er ein parteiübergreifendes Organ des Parlaments dar, das dem Eigenleben der Ermittlungsbehörden Schranken setzt.
Sowohl der Ermittlungsausschuss im Falle Amri als auch die verschiedenen Ermittlungsausschüsse zum NSU-Komplex haben deutlich gemacht, wie weit dieses Eigenleben gediehen ist und dass es in mehreren Fällen dazu geführt hat, nicht nur Anschläge nicht zu verhindern, sondern auch ihre Aufklärung zu blockieren.
Die mangelhafte Aufklärungsarbeit im Falle des rechten Terrors in Berlin hat bei vielen Bürger*innen das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden erschüttert. Ein weitergehender Schaden für den Rechtsstaat sollte in unser aller Interesse verhindert werden. Der parlamentarische Untersuchungsausschuss wäre ein geeignetes Mittel.

Mit freundlichen Grüßen

stellvertretend für die von rechten Anschlägen betroffenen Neuköllner*innen Mirjam Blumenthal, Gabriele Gebhardt, Claudia von Gélieu, Annick Hartmann, Detlef Fendt, Christian von Gélieu, Lasse Jahn, Ferat Kocak, Heinz Ostermann

Jürgen Schulte

Antwort von Herrn Czaja, Fraktionsvorsitzender der FDP, vom 11.10.19

Sehr geehrter Herr Schulte,

zunächst vielen Dank für Ihre Mail und Schreiben, das mich mittlerweile auch postalisch erreicht hat.

Die seit 2011 nicht abreißenden Straftaten in Neukölln haben auch wir als Fraktion mit Betroffenheit verfolgt, genauso wie die Debatte um mögliche Versäumnisse bei den Ermittlungen. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die Generalbundesanwaltschaft auf Wunsch des Innensenators die Ermittlungen zu diesen Anschlägen nicht aufgenommen hat, weil tatsächliche Anhaltspunkte für deren Zuständigkeit nicht erkennbar waren bzw. bislang sind.

Sie haben natürlich vollkommen recht mit Ihrer Forderungen, dass das Vertrauen in die Arbeit der Sicherheitsbehörden nicht erschüttert sein bzw. werden darf. Vielmehr sehe auch ich die Notwendigkeit, das das Vertrauen der Neuköllnerinnen und Neuköllner wieder zu stärken und diese Taten unbedingt aufzuklären. Die Erfahrungen mit den bisherigen Untersuchungsausschüssen - egal ob es sich um den Anschlag am Breitscheidplatz oder den BER handelt - haben uns aber auch gezeigt, welche Grenzen diese mächtige Instrument mit sich bringt. Insbesondere die Tatsache, dass die Straftaten bislang noch nicht aufgeklärt werden konnten bzw. gegenwärtig immer noch ermittelt wird, auch intern, würde dem Ausschuss daher wenig Spielraum ermöglichen. Dies befreit uns nicht von der politischen Aufgabe sofort und konsequent Extremismus auch in Behörden zu identifizieren und zu bekämpfen.

Ich habe die politische Debatte über ihre Forderung verfolgt und sehe derzeit daher eher auch die Option eines Sonderermittlers als zielführend. Gerne werde ich dazu auch noch einmal mit dem früheren Polizeidirektor Professor Michael Knape sprechen, der unsere Fraktion im Untersuchungsausschuss Amri unterstützt. Einem Untersuchungsausschuss verschließen wir uns nicht grundsätzlich, können diesen aber auch aus den erwähnten Gründen derzeit nicht unterstützen.

Für ein persönliches Gespräch stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Czaja, MdA

Fraktionsvorsitzender

_____

Fraktion der Freien Demokraten

im Abgeordnetenhaus von Berlin

Preußischer Landtag

Niederkirchnerstraße 5

D – 10117 Berlin

Tel: +49 30 23 25 – 23 00

Fax: +49 30 23 25 – 23 29

www.fdp-fraktion.berlin

Bei Fragen steht Ihnen auch gerne mein

Büroleiter, Victor Reichardt,

zur Verfügung: victor.reichardt@fdp-fraktion.berlin

Antwort von Herrn Wolf, Fraktionsvorsitzender der Partei DIE LINKE, vom 24.10.2019

Sehr geehrter Herr Schulte,

Herr Wolf wird am 4. November leider nicht an der Übergabe der Petition teilnehmen können. Er hat zu der Zeit einen Auswärtstermin. Sollte dieser jedoch früher zu Ende sein, würde er noch dazukommen. Die Fraktion Die Linke wird vertreten durch Herrn Niklas Schrader, Mitglied des Fraktionsvorstands sowie innenpolitischer Sprecher der Fraktion. Ob Frau Anne Helm, Mitglied des Fraktionsvorstands auch teilnehmen wird, kann ich Ihnen erst am Montag mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen
i.A. I. Bröenhorst

Burkard Dregger

MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN
VORSITZENDER DER CDU-FRAKTION

Herrn
Jürgen Schulte
Rambowstr. 30
12359 Berlin

Berlin, den 24. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Schulte,

ich bedanke mich für Ihr Schreiben vom 08.10.2019. Sie baten um Mitteilung, ob ich Ihre angekündigte Petition persönlich am 04.11.2019 entgegennehmen kann. Dies ist aus dringenden terminlichen Gründen nicht der Fall.

In der Sache kann ich Ihnen versichern, dass die CDU-Fraktion Berlin die Gefahren des Rechtsterrorismus in gleicher Weise ernst nimmt, wie die Gefahren des islamistischen Terrorismus und des Linksextremismus. Wir haben bereits vor über anderthalb Jahren einen umfangreichen Antrag zur Modernisierung des Berliner Polizeirechts in das Abgeordnetenhaus von Berlin eingebracht. Darin geht es ganz wesentlich auch um bessere und weitergehende polizeiliche Befugnisse zur Bekämpfung von Terrorismus. Leider hat sich die rot-rot-grüne Regierungskoalition bislang nicht entschließen können, sich auch nur ansatzweise inhaltlich und ernsthaft mit unseren Vorschlägen auseinanderzusetzen.

Nach den jüngsten rechtsterroristischen Anschlägen in Deutschland darf sich die rot-rot-grüne Regierungskoalition jetzt nicht mehr wegducken, sondern muss Farbe bekennen, ob sie gewillt ist, alles was rechtsstaatlich möglich ist, zu unternehmen, um jeglichen Terror zu bekämpfen.

Wir werden die von Ihnen angekündigte Petition sorgfältig prüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Burkard Dregger, MdA
Fraktionsvorsitzender

Preußischer Landtag · 10111 Berlin · Tel.: (0 30) 2325-2100 · Fax: (0 30) 2325-2777

Antwortschreiben des Fraktionsvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen vom 31.10.2019

Sehr geehrter Herr Schulte,

vielen Dank für Ihren Brief vom 8.10.19 und die Ankündigung, eine Petition zum Thema "Rechter Terror in Berlin - Untersuchungsausschuss jetzt!" überreichen zu wollen.

Sebastian Walter, stellvertretender Fraktionsvorsitzende, wird die Petition am Montag gern von Ihnen entgegen nehmen; er kommt um 11:00 Uhr vor das Abgeordnetenhaus, um Sie dort zu treffen.

Mit freundlichem Gruß

Elisabeth von Klinggräff
Vorstandsassistentin

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin
Tel. +49 (0) 30.2325-2447, Fax +49 (0) 30.2325-2459
von.klinggraeff@gruene-fraktion-berlin.de, www.gruene-fraktion-berlin.de

Als Anlage beigefügte Stellungnahme der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Schulte,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir teilen und unterstützen Ihre Forderung, endlich die rechten Terroranschläge in Neukölln aufzuklären. Aus unserer Sicht war es eine Fehlentscheidung mit fatalen Folgen, dass der damalige Innensenator Henkel die Einheit REX aufgelöst hat. Damit ist Wissen, damit sind verlässliche Ansprechpartner*innen bei der Polizei verloren gegangen.

Wir teilen Ihre Auffassung, dass die Einstellung der Verfahren für die Betroffenen der rechten Gewalttaten nicht nachvollziehbar ist. Wir sehen, wie Sie, Ermittlungsfehler sowohl in der Aufklärung des Brandanschlags auf die Familie des Linken-Politikers Ferat Kocak als auch in der Aufklärung des Mordes an Burak Bektas, der im April 2012 auf offener Straße erschossen wurde. Es ist unerträglich für die Familie, für Freund*innen und Nachbar*innen dass die Mörder immer noch nicht gefunden sind.

Dass 13.500 Personen Ihre Petition unterschrieben haben, mit der Sie einen Untersuchungsausschuss zur Erhellung der Fehler in den verschiedenen, von genannten, Ermittlungsverfahren fordern, sehen wir als starkes Zeichen für den zivilgesellschaftlichen Einsatz gegen Rechts. Wir arbeiten als Grüne seit vielen Jahren in den Neuköllner Netzwerken, u.a. im „Bündnis Neukölln“ mit und unterstützen auch politisch die Forderung nach einer Verbesserung und Intensivierung der Ermittlungen. Einen Untersuchungsausschuss in dieser Legislaturperiode halten wir aber nicht für das geeignete Mittel: Die Laufzeit wäre zu kurz, da Untersuchungsausschüsse zum Ende einer Legislaturperiode enden. Untersuchungsausschüsse sind Instrumente, um rückblickend abgeschlossene Vorgänge aufzuarbeiten. Wir aber wollen zum jetzigen Zeitpunkt den Druck auf die Ermittlungen noch einmal erhöhen. Dafür fordern wir einen Sonderermittler, um die aktuellen Fälle extern und unabhängig zu untersuchen. In der Zukunft wird es , wenn es nach uns geht, einen Polizeibeauftragten geben, der für Beschwerden der Bürger*innen ansprechbar sein wird, aber auch für Polizeibeamt*innen, die intern Fehler melden wollen.

Wir laden Sie alle ein, am 28. Oktober in den Innen-Ausschuss zu kommen, er findet um 11 Uhr in Raum 311 statt. Dort wird über die Polizeireform gesprochen.

Antwort von Herrn Saleh, Fraktionsvorsitzender der SPD, vom 01.11.2019

Sehr geehrter Herr Schulte,

gerne teile ich Ihnen mit, dass von unserer Fraktion am Montag der Fraktionsvorsitzende Raed Saleh,

die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ülker Radziwill und die Abgeordnete für Neukölln Derya Caglar

zur Übergabe der Petition „Rechter Terror in Berlin – Untersuchungsausschuss jetzt“ kommen werden.

Schönes Wochenende,

Julia Zill

Mitarbeiterin Geschäftsstelle

Telefon: +49 30 23 25 22 24

E-Mail: fraktionsbuero@spd.parlament-berlin.de

www.spdfraktion-berlin.de

SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin

Niederkirchnerstraße 5

10117 Berlin

Presseerklärung vom 18. September 2019

Rechten Terror jetzt aufklären!
Das Berliner Abgeordnetenhaus muss handeln

In Berlin-Neukölln kam es in den letzten Jahren zu ungewöhnlich vielen rechten Gewalttaten. Die rechten Brandanschläge gegen diverse Bezirkspolitiker, einen Buchhändler und der Mord an Burak Bektas sowie Morddrohungen gegen weitere Personen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, konnten jedoch bis heute nicht aufgeklärt werden. Während bisherige Ermittlungen ins Leere liefen, kam es zu rechten Umtrieben im Berliner Landeskriminalamt (LKA).

So verfassten Polizeibeamte Drohbriefe gegen Linke, und von der Polizei erstellte Namenslisten fanden sich plötzlich auf rechtsradikalen Blogs. Obwohl der Berliner Verfassungsschutz konkrete Kenntnisse über die Gefahren eines Brandanschlages auf den Bezirkspolitiker Ferat Kocak hatte, wurde er vom Verfassungsschutz nicht gewarnt. Schließlich kam es zum lebensgefährlichen Anschlag auf ihn und seine Familie.

Rechte Motive des Mordes an Burak Bektas wurden nicht weiterverfolgt, und aus den Akten lassen sich zahlreiche Ermittlungsfehler entnehmen. Fehler, die auf dem sog. ›*Confirmation Bias*‹ basieren, d.h. vorurteilsbelastete Ermittlungen, die von einer bestimmten Hypothese ausgehen und daher nur so ermitteln, dass diese Erwartungen erfüllt werden, springen hier ins Auge.

Das Magazin *Kontraste* recherchierte derweil, dass ein LKA-Beamter privaten Kontakt in die Neonazi-Szene hielt. Diese Vorgänge erinnern stark an die Vertuschungen, unterdrückten Ermittlungen und engen Kontakte zwischen Sicherheitsbehörden und Neonazis, die bezüglich der NSU-Morde bekannt wurden. Deshalb forderten die Opfer der Brandanschläge im Mai 2019, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen aufnehmen soll, was dieser ablehnte.

Die Vertuschungen und oberflächlichen Ermittlungen zu den NSU-Morden dürfen sich nicht wiederholen!

Wir fordern deshalb, dass den Hinweisen auf rechte Strukturen im Berliner LKA nachgegangen wird und in allen Berliner Sicherheitsbehörden die notwendigen personellen und strukturellen Konsequenzen gezogen werden!

Wir fordern, dass ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Abgeordnetenhaus von Berlin zur Aufklärung der rechtsradikalen Neuköllner Anschlagsserien und dem Mord an Burak Bektas eingerichtet wird!

Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e. V. (VDJ)

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V. (RAV)

Internationale Liga für Menschenrechte e. V. (ILMR)

mobile beratung gegen rechtsextremismus berlin

Rechtsextreme Angriffsserie seit 2016

Stand: März 2019

So, 15. Mai 2016	1x Brandanschlag Wagenplatz (Neukölln)
Mo, 6. Juni 2016	2x Steinwurf auf Fenster (Neukölln) 1x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
So, 26. Juni 2016	2x Farbflaschenwurf (Neukölln)
Mo, 27. Juni 2016	1x Bedrohung mit Graffiti an Wohnhaus, (Neukölln) 1x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
Fr, 8. Juli 2016	1x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
Sa, 15. Oktober 2016	1x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
Mo, 12. Dezember 2016	2x Steinwürfe auf Fenster, (Neukölln) 1x Brandanschlag Haus,(Neukölln) 2x Farbflaschenwurf auf Wohnung,(Neukölln) 1x Sachbeschädigung Kirche (Neukölln)
Fr, 23. Dezember 2016	1x Farbflaschenwurf auf Wohnung (Neukölln)
Di, 27. Dezember 2016	8x Bedrohung mit Graffiti an Wohnhaus (6x Neukölln, 1x Kreuzberg, 1x Schöneberg)
Di, 10. Januar 2017	1x Sachbeschädigung KFZ (Reifen zerstochen) (Neukölln)
Sa, 14. Januar 2017	1x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
Mo, 23. Januar 2017	2x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
Di, 07. Februar 2017	7x Bedrohung mit Graffiti an Wohnhaus (Wedding)
Mi, 08. Februar 2017	6x Bedrohung mit Graffiti an Wohnhaus (Neukölln)
Do, 09. Februar 2017	1x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
Mi, 03. Mai 2017	2x Brandanschlag KFZ (Neukölln & Kreuzberg)
Di, 11. Juli 2017	2x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
Sa, 19. August 2017	1x Sachbeschädigung Parteibüro (Neukölln)

Mo, 06. November 2017	16 Stolpersteine gestohlen, 4 gelockert (Neukölln)
Do, 01. Februar 2018	2x Brandanschlag KFZ (Neukölln)
Sa, 05. Mai 2018	1x Bedrohung mit Graffiti an Wohnhaus (Neukölln)
Sa, 16. März 2019	4x Bedrohung mit Graffiti an Wohnhaus (Neukölln)

Insgesamt sind der MBR im Rahmen der rechtsextremen Anschlagsserie seit 2016 55 Angriffe (Bedrohungen durch Graffitis an und in Wohnhäusern, Stein- und Farbflaschenwürfe durch Fenster und andere Sachbeschädigungen, Brandanschläge) bekannt geworden. Dabei kam es in 16 Fällen zu Brandanschlägen, davon 14 auf KFZ. Zudem rechnen wir den Diebstahl von 16 Stolpersteinen dem gleichen Täterkreis zu, zählen diese Taten aber nicht als Anschläge mit.

Bei Nachfragen können Sie sich jederzeit gerne an uns wenden:

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)
Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 817 985 810
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de